

Interview Martin Grauduszus mit dem änd

Herr Grauduszus, Sie haben bislang die Wahlprogramme der SPD und jetzt auch der CDU heftig kritisiert. Welche Aussagen für eine künftige Gesundheitspolitik fehlen ihnen dann da genau?

Die kümmerlichen Abschnitte zur Gesundheitspolitik in diesen Programmen lassen nicht erkennen, dass sich die Parteien aktiv für den Erhalt der wohnortnahen ambulanten Versorgung einsetzen wollen. Es werden überhaupt keine Maßnahmen gegen die drohende Industrialisierung der Versorgung vorgeschlagen. Deshalb müssen wir weiter Druck auf die Parteien ausüben und die Patienten über diese Gefahren informieren.

Im CDU-Programm findet sich aber immerhin eine Passage zu den Medizinischen Versorgungszentren. Darin heißt es, dass „diese nur von Ärzten und Krankenhäusern als Träger verantwortlich geführt werden“ sollten. Werten Sie das nicht positiv?

So eine seichte und jegliche Art von Hintertürchen öffnende Aussage hilft uns kein Stück weiter. Im Gegenteil läuft das offenbar auf einen Freibrief für große Klinikkonzerne hinaus, sich auf den Markt der ambulanten Versorgung stürzen zu dürfen. Wie soll es denn einen fairen Wettbewerb um eine bessere Versorgung geben, wenn die Klinikbetreiber die stationäre und die ambulante Versorgung gleichzeitig kontrollieren? Der kleine Arzt in der Praxis wird auf diese Weise brutal verdrängt. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass die privaten Klinikkonzerne als große Kapitalgesellschaften angekündigt haben, die ambulante medizinische Versorgung zu übernehmen. Die Gefahr, dass sie wie Heuschrecken über unser Gesundheitswesen herfallen, ist riesig.

Wenn aber den Kapitalgesellschaften durch den Gesetzgeber der Weg in die ambulante medizinische Versorgung wieder versperrt wird, ist nach meiner Überzeugung der Gordische Knoten für die Erhaltung der wohnortnahen Versorgung durch Haus- und Facharzt durchschlagen. Eine Monopolisierung des Gesundheitsmarktes durch das Kapital, wie aus anderen Wirtschaftszweigen bekannt, würde so verhindert und das Interesse an einer Industrialisierung und Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung würde schlagartig aufhören.

Deshalb halten Sie an den Protestaktionen fest.

Ich halte es für sehr wichtig, dass die Kollegen die Zeit nutzen, um die Patienten zu informieren und durch verschiedenste Aktionen auf die Probleme aufmerksam zu machen. Wir werden übrigens in Kürze eine besondere Aktion starten: Anfang August wird der Bundeswahlleiter alle Kandidaten für die Bundestagswahl bekannt geben. Die Kandidaten der wichtigen Parteien erhalten von uns dann einen Fragenkatalog, durch den sie Ihre Position zur ambulanten medizinischen Versorgung erklären sollen. Die Antworten werden im Internet veröffentlicht. Natürlich wird auch in den Praxen veröffentlicht, welche Kandidaten sich nicht geäußert haben. Die Wähler werden mit den Antworten der Bundestagskandidaten ihrer jeweiligen Wahlkreise in zehntausenden von Praxen konfrontiert. Wir werden dann den Patienten an Hand der Stellungnahmen erläutern, welcher Kandidat und welche Partei sich für die bewährte Versorgung einsetzen will. Das wird den Bürgern Ihre

Wahlentscheidung erheblich erleichtern. Ganz wichtig auch: Nach der Wahl werden wir die Politiker mit Nachdruck an ihre Versprechungen erinnern müssen.

Also stehen Protestaktionen nach der Wahl auch auf dem Programm?

Die Wahlprogramme zeigen doch jetzt schon, dass egal in welcher Konstellation die Wahl ausgeht, die Freiberuflichkeit des Arztberufes, unsere Existenzen und die bewährte Versorgung zum Spielball der Gesundheitsindustrie werden. Wir werden unsere Thesen auch nach der Wahl massiv öffentlich kommunizieren – Bei dem wirtschaftlichen Druck, der jetzt auf die Praxisinhaber zukommt, gehe ich davon aus, dass die Widerstandsbereitschaft der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen enorm steigt. Für die Zeit der sicherlich notwendigen Koalitionsverhandlungen kurz nach der Wahl können die zukünftigen Koalitionspartner sicher davon ausgehen, dass diese von flächendeckenden, bundesweiten Streiks nach französischem Muster begleitet werden, wenn die Politik sich nicht vorher glasklar für die Erhaltung der bewährten Versorgungsstruktur positioniert. Dazu gehört natürlich die Bereitstellung ausreichender Mittel, die die Leistungsfähigkeit aller Vertragsarztpraxen abbildet und deren Existenz sichert.

...und vor der Wahl geht es dagegen eher ruhig zu?

Ganz im Gegenteil. Drei Wochen vor der Wahl wird der Gesundheitswahlkampf in den Praxen in die heiße Phase gehen. Wir werden nichts unversucht lassen, die wichtigen Themen in die Öffentlichkeit zu bringen und die Patienten zu informieren. Überall werden schon jetzt Info-Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Demos und demonstrative Praxisschließungen angekündigt. Ich kann die Kollegen auch nur dazu ermutigen, weitere Aktionen in den Regionen auf die Beine zu stellen. Darüber hinaus organisieren im Anschluss an unsere Mitgliederversammlung am 19. September die Freie Ärzteschaft und Hippokranet eine Wahlkampfparty in Köln – wo Herr Lauterbach kandidiert. Das ist eine gute Gelegenheit für engagierte Leser und unsere Mitglieder, einander kennenzulernen. Ich gehe davon aus, dass viele Kollegen aus der ganzen Republik an diesem Event, zudem natürlich auch Spitzenpolitiker aller Parteien eingeladen werden, teilnehmen werden. Nähere Einzelheiten werden wir in Kürze veröffentlichen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Quelle: www.facharzt.de / www.hausarzt.de

www.freie-aerzteschaft.de www.stoppt-die-e-card.de
www.gesundheitswahlkampf.de mail@freie-aerzteschaft.de

V.i.S.d.P. Martin Grauduszus, Bergstr. 14, 40699 Erkrath, Tel. 02104/1385975, Fax 02104/449732